

Pieper fordert Untersuchungsausschuss

Von RALF OSTERMANN

Brüssel (gl). Der EU-Korruptionsskandal hat beim langjährigen münsterländischen Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper (CDU, Foto) Entsetzen und Fassungslosigkeit ausgelöst. „Wie kann das sein? Was bringt eine Stellvertretende Parlamentspräsidentin dazu, sich persönlich zu be-



reichern? Was bedeutet das für die Reputation des EU-Parlaments?“ Das seien seine ersten Gedanken gewesen, sagt Pieper der „Glocke“.

Die zutage getretene kriminelle Energie hätte der EVP-Abgeordnete nicht für möglich gehalten. In seinen 18 Jahren als Mitglied des Haushaltskontrollausschusses habe es einen einzigen Korruptionsfall gegeben, in den ein rumänischer Sozialist verwickelt gewesen sei, erläutert der 59-Jährige. Das Vergehen damals sei aber bei Weitem nicht vergleichbar mit der Dimension des aktuellen Geschehens.

reichern? Was bedeutet das für die Reputation des EU-Parlaments?“ Das seien seine ersten Gedanken gewesen, sagt Pieper der „Glocke“.

Die zutage getretene kriminelle Energie hätte der EVP-Abgeordnete nicht für möglich gehalten. In seinen 18 Jahren als Mitglied des Haushaltskontrollausschusses habe es einen einzigen Korruptionsfall gegeben, in den ein rumänischer Sozialist verwickelt gewesen sei, erläutert der 59-Jährige. Das Vergehen damals sei aber bei Weitem nicht vergleichbar mit der Dimension des aktuellen Geschehens.

Im Mittelpunkt des Skandals steht die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Fight Impunity“ (Bekämpfe Straffreiheit), die sich eigentlich dem Kampf gegen Verletzungen der Menschenrechte verschrieben hat, im konkreten Fall aber vermutlich die Rolle des Geldwäschers übernahm. Sie wurde von Francesco Giorgi, dem Lebensgefährten der gestern abgesetzten Vize-Parlamentspräsidentin Eva Kaili, 2019 mitgegründet.

Pieper hält es für dringend notwendig, die Taten schnellstmöglich aufzuklären, „am besten mit einem

eigenen Untersuchungsausschuss“. Zudem sollten künftig nur NGOs ins Transparenz-Register der EU eingetragen werden, die ihre Finanzierung offenlegen und deren innere Strukturen demokratisch organisiert sind. Ein Bericht, der solche Kriterien festlege, müsse im EU-Parlament neu aufgelegt werden. Schließlich plädiert Pieper für einen Vertrauensrat, in dem Mitglieder und Beamte des Parlaments die Einhaltung gesetzter Regeln und Standards garantieren und diese kontinuierlich an neue Anforderungen anpassen.